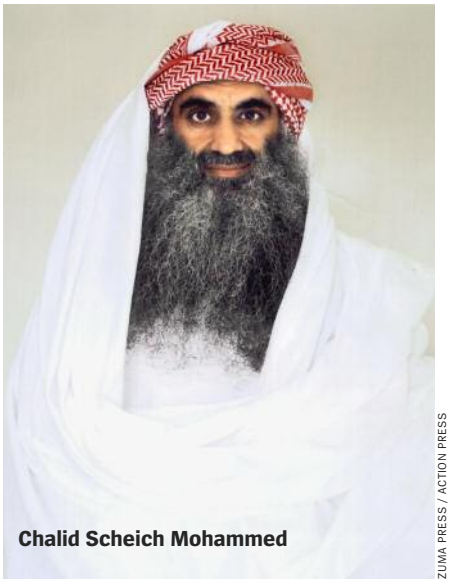
TERRORISMUS

Schmutziger Deal

Amerikanische Juristen halten es für wahrscheinlich, dass noch in diesem Frühjahr vor einer Militärkommission in Guantanamo der große 9/11-Prozess beginnt. In der vergangenen Woche hatte sich der erste hochrangige Guantanamo-Häftling, der 32-jährige Pakistaner Majid Khan, in einem Vergleich bereit erklärt, gegen die Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001 auszusagen. Khan soll „vollständige und präzise Information liefern, wann und wo immer diese von der Anklage eingefordert werden“, heißt es in der Übereinkunft. „Für die nächsten vier Jahre wird Khan im ‚Team America‘ spielen“, sagte sein Anwalt, der Militärverteidiger Jon Jackson. Erst danach werde er verurteilt und über sein Strafmaß entschieden.
Inzwischen wurde der Kronzeuge in ein anderes Camp verlegt und einer Militärkommission für Verhandlungen zugewiesen. Khan gilt als wertvoller Zeuge gegen den 9/11-Chefplaner Chalid Scheich Mohammed, für den er Geld beschaffte. Außerdem unterstützte er ihn bei Plänen, Treibstofftanks in den USA in die Luft zu jagen und Wasserreservoirs zu vergiften. Der Pakistaner verbrachte drei Jahre in CIA-Geheimgefängnissen und wurde dort laut Aussagen seines Anwalts auch gefoltert. Der Militärjustiz sicherte er nun zu, „die USA nie wegen dieser Behandlung zu verklagen“. Kritiker bezeichneten den Vergleich auch deshalb als „schmutzigen Deal“.



Chalid Scheich Mohammed

ZUMA PRESS / ACTION PRESS

WEISSRUSSLAND

Schmutzige Einnahmen

So nervös hat Alexander Lukaschenko, Alleinherrscher in Minsk, schon lange nicht mehr auf einen Schritt des Westens reagiert. Nachdem die EU weitere Einreiseverbote für weißrussische Staatsfunktionäre erließ, löste Europas letzter Diktator einen Botschafterkrieg aus. Die Vertreter Brüssels und Warschaus mussten Mittwoch vergangener Woche das Land verlassen. Die restlichen EU-Staaten riefen ihrerseits die Botschafter zurück. Am meisten beunruhigt Lukaschenko, dass der Westen Wirtschaftssanktionen folgen lassen will, die er bislang stets vermieden hatte. Sie würden Schlüsselbereiche wie den staatlichen Ölkonzern Belneftechim treffen. Minsk ist für Polen und Deutschland einer der größten Lieferanten von Ölprodukten, es hat seine Exporte in die EU in letzter Zeit sogar erheblich steigern können. Macht Europa seine Drohungen wahr, würde einer der wichtigsten Wirt-

ZITAT

„Wir behaupten ja nicht, dass die Menschenrechtssituation in Syrien perfekt ist. Wir sind uns bewusst, dass die Qualität der staatlichen Dienstleistungen für die Bürger dort, wo es Gewalt gibt, nachgelassen hat.“

Faisal al-Hamwi, Syriens Uno-Botschafter in Genf

Autokrat Lukaschenko, (4. v. r.)

IMAGO

schaftszweige des Landes getroffen. Schon nach drei Monaten, vermuten Experten, könnte es dann seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Dabei glaubte Lukaschenko die schwere Finanzkrise gerade hinter sich, nur mit einer Zwei-Drittel-Abwertung seiner Währung ließ sich die Lage einigermaßen stabilisieren. Allerdings ist es wie so oft bei Sanktionsentscheidungen: Auch im Fall Weißrusslands machen bislang nicht alle EU-Staaten mit. Die Slowenen und die Letten blockierten eine Entscheidung im Außenministerrat – sie bauen in Minsk zwei Fünf-Sterne-Hotels. „Beschämend“ sei dieses Verhalten, empörten sich Abgeordnete des Europäischen Parlaments.

IRLAND

Weniger, später

Die vergleichsweise günstigen Konditionen für Griechenlands Rettungspaket wecken nun auch Begehrlichkeiten in anderen EU-Ländern. So forderte der irische Premierminister Enda Kenny auf dem EU-Gipfel vergangene Woche eine Umschuldung für sein Land. Die Iren hatten 2010 Kredite über 35 Milliarden Euro für die Rettung ihrer Banken bekommen, die innerhalb von zehn Jahren zurückgezahlt werden müssen. Nun wollen sie mehr Zeit bei der Rückzahlung und wohl auch niedrigere Zinsen durchsetzen. „Ich machte meinen Kollegen klar, wie positiv das unser Defizit beeinflussen würde“, sagte der Premierminister nach dem Gipfel in Brüssel vor irischen Journalisten. Und schwärmte dabei von den „enormen Vorteilen“ für sein Land. Die Iren hoffen auch deshalb auf ein Entgegenkommen, weil sie als einziges Land ein Referendum über den Europäischen Fiskalpakt abhalten werden.

Sitz der Bank of Ireland in Dublin

SHAWN POGATCHNIK / AP

VENEZUELA

Weichzeichner-Strategie

Der politisch und gesundheitlich angeschlagene Präsident Hugo Chávez will bei der Wahl im Oktober einen Mitleidsbonus geltend machen. Marketingstrategen, eigens aus Brasilien angeheuert, legten ihm nahe, noch offener mit seiner Krebserkrankung umzugehen. Chávez hatte sich vergangene Woche in Kuba erneut einen Tumor entfernen lassen. Die neuen Berater sollen Chávez ein sanfteres Image verpassen. Sie haben schon Brasiliens Ex-Präsident Lula da Silva und dessen Nachfolgerin Dilma Rousseff im Wahlkampf betreut. Rousseff war kurz vor ihrer Kandidatur an Lymphdrüsenkrebs erkrankt, Lula hatte Kehlkopfkrebs. Anders als bisher Chávez machten die brasilianischen Politiker alle Details ihrer Krankheit öffentlich. Mit ihrer Weichzeichner-Strategie verhalfen die Spin-Doctors auch schon den Staatschefs von Peru und El Salvador zum Sieg.

Chávez-Propagandabild in Caracas

JORGE SILVA / REUTERS

ZAHL DER WOCHE

50 Milliarden Dollar

an Schwarzgeld werden pro Jahr aus Afrika auf Konten in Europa, den USA und der Karibik geschafft. Zum Vergleich: Nur rund die Hälfte, 25 Milliarden Dollar, wird jährlich in umgekehrter Richtung vorwiegend als Entwicklungshilfe überwiesen.